

MYANMAR: POLITISCHE REFORMEN UND MACHTERHALT DER MILITÄRS

Nach Jahrzehnten der Militärherrschaft erlebt Myanmar seit einiger Zeit einen bemerkenswerten innenpolitischen Wandel. Der Verlauf des Reformprozesses wird allerdings weitgehend von den Militärführern gesteuert, weshalb einer Demokratisierung vorerst Grenzen gesetzt sind. Im Zuge der Öffnung Myanmars und seiner angestrebten Befreiung aus der chinesischen Umklammerung hat ein internationaler Wettstreit um Einfluss und um Zugang zu den Bodenschätzen des Landes eingesetzt. Westliche Staaten werden aber gut daran tun, ihre Sanktionen nur schrittweise und vorerst zeitlich begrenzt zu lockern.



Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi leistet im Parlament den Eid auf die – von ihr kritisierte – Verfassung Myanmars, 2. Mai 2012. REUTERS/Soe Zeya Tun

Seit kurzer Zeit lässt sich in Myanmar nun ein Reformprozess beobachten, der so nicht erwartet worden ist. Vieles deutet allerdings darauf hin, dass das Ausmass des innenpolitischen Wandels begrenzt bleiben wird. Das Militär ist auch weiterhin die wichtigste politische Kraft in Myanmar, wobei die Junta auf einen graduellen Verzicht der Regierungsgewalt bei gleichzeitiger Beibehaltung aller Vetorechte und Privilegien der Macht zielt. Im internationalen Rahmen ist Myanmars Öffnung jedoch von einiger Bedeutung, wobei der Westen bereits verschiedene Sanktionsmassnahmen aufgehoben hat. Im Folgenden werden sowohl die Gründe und die Tragweite der Reformen als auch deren regionale und globale Implikationen erörtert.

Myanmar hat jahrzehntelang eine Aussen-seiterrolle im internationalen System eingenommen. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Grossbritannien im Jahr 1948 wurde das Land zunächst von einer fragilen Zivilregierung geführt, bevor es im März 1962 zu einem Militärputsch kam. Infolgedessen übernahmen die Streitkräfte, *Tatmadaw* genannt, die Kontrolle und regierten das Land unter der Herrschaft von Armeechef Ne Win bis in die späten 1980er Jahre im Stile einer Militärdiktatur. Myanmar verfolgte in dieser Zeit eine Politik der Selbstisolierung und des Neutralismus.

1988 wurde ein pro-demokratischer Aufstand gewaltsam durch das Regime niedergeschlagen. Ne Win wurde von einer Generation jüngerer Offiziere abgesetzt, die sich als Kollektiv an die Macht setzten. Auf der Basis eines neuen Staatsrats zur Wieder-

herstellung von Recht und Ordnung (1997 umbenannt in Staatsrat für Frieden und Entwicklung) errichtete die *Tatmadaw* eine Form von Militärherrschaft, die weltweit wohl einzigartig ist. Die zivile Bürokratie wurde mit Soldaten durchsetzt und sämtliche oppositionellen Gruppen wurden unterdrückt, was in einer Gleichsetzung von Streitkräften und Staat resultierte. Dieses neue Militärregime fand sich international weitgehend isoliert, nachdem es den Sieg der oppositionellen National League for Democracy (NLD) in den Parlamentswahlen von 1990 nicht anerkannte und stattdessen seine Direktherrschaft fortsetzte. Als Reaktion auf die anhaltende Unterdrückung von Demokratie und die systematische Verletzung von Menschenrechten haben in den letzten zwei Jahrzehnten die USA, die EU und eine Reihe weiterer Staaten Sanktionen gegen Myanmar verhängt.

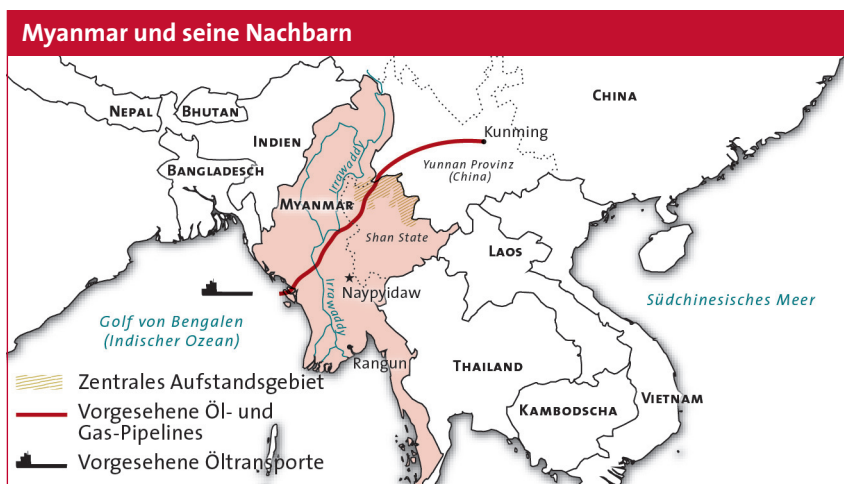
Vielschichtige Motivlage

Der Hauptgrund für die politischen Reformen Myanmars ist im sich akzentuierenden wirtschaftlichen Niedergang des Landes zu suchen. Zu Beginn der Militärherrschaft vermochten die Machthaber noch auf Errungenschaften wie ein verbessertes Gesundheitswesen, einen Rückgang der Korruption oder Polizeireformen zu verweisen. In den letzten Jahrzehnten haben aber Misswirtschaft, kleptokratisches Verhalten der Militärführer und die internationalen Sanktionen zu einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geführt. Früher war Myanmar der weltweit grösste Reisexporteur und für drei Viertel der globalen Teakholzproduktion verantwortlich. In jüngerer Zeit war das Land aber trotz seines Ressourcenreichtums immer mehr auf humanitäre Hilfe angewiesen. Myanmar ist

heute das ärmste Land Südostasiens. Während ein kleiner Kreis hoher Militärs und mit diesen verbundene Geschäftsleute dank der natürlichen Ressourcen zu grossem Vermögen gekommen sind, müssen viele Familien selbst der Mittelschicht bis zu 80% ihres Haushaltseinkommens für Lebensmittel aufwenden. Das Militär als Institution wiederum spricht sich jährlich zwischen 25% und 40% des nationalen Budgets zu.

Mit der wirtschaftlichen Krise sind zwei weitere Probleme verbunden, die die militärischen Machthaber zu Reformen veranlassen haben. Zum einen hat die Abhängigkeit von China ein übergrosses Ausmass angenommen. Traditionell war Myanmar seinem nördlichen Nachbarn gegenüber eher misstrauisch gestimmt und generell auf Distanz zu regionalen und globalen Grossmächten bedacht. Im Zuge seiner internationalen Isolierung hat sich das Land aber – zwangsläufig – verstärkt an Peking orientiert. Im Oktober 1989, d.h. zu einem Zeitpunkt, als China aufgrund der Tiananmen-Massaker ebenfalls weltweit in der Kritik stand, gingen die beiden Staaten eine Sicherheits- und Wirtschaftspartnerschaft ein. Seither sind zahlreiche Händler aus der chinesischen Grenzprovinz Yunnan nach Myanmar eingewandert. Die wachsende Verschränkung der Volkswirtschaften Chinas und Myanmars nutzt Peking vor allem dazu, den Ressourcenbedarf des südlichen China zu decken. Die Führung in Myanmar jedoch hat im Kontext der wirtschaftlichen Krise die Kontrolle über die wirtschaftlich stärkste Region des Landes, den Irrawaddy-Korridor, weitgehend verloren.

Zum anderen haben in den letzten Jahren die innenpolitischen Unruhen in Myanmar zugenommen. Diese sind teilweise antichinesisch motiviert. Im Kern sind sie aber auf das wachsende Wohlstandsgefälle zwischen der militärischen Elite und dem Rest der Bevölkerung und auf die fehlenden ökonomischen Perspektiven zurückzuführen. Die erodierende Legitimität des Regimes wurde 2007 deutlich erkennbar, als die Aufhebung von Subventionen für Treibstoffe zu einem starken Anstieg der Verbraucherpreise und zu massiven Protesten führte. Die damaligen Unruhen, die aufgrund der Teilnahme zahlreicher buddhistischer Mönche als «Safran-Revolution» bekannt wurden, wandten sich bald gegen das Militärregime generell. Für die Junta waren sie vor allem deshalb ein schwerer Schlag, weil sie sich bis dahin stets auf die Unparteilichkeit der spirituell-religiösen Gemeinschaft hatte verlassen können.



Die Angst, dass der «Arabische Frühling» weitere Unruhen von noch grösseren Dimensionen in Myanmar inspirieren könnte, dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass sich die Machthaber zu einer – kontrollierten – Öffnung entschlossen.

Als weiterer Grund für den Reformprozess ist schliesslich die politisch-diplomatische Isolierung des Militärregimes zu nennen. Wirkung dürften vor allem die Reiserestriktionen für die Machthaber gezeitigt haben. Durch die Verknüpfung gezielter Sanktionen mit Forderungen nach einer Demokratisierung vermochte der Westen den Druck auf die Militärjunta hochzuhalten. Auch die benachbarten ASEAN-Staaten haben die Militärjunta zu Reformen gedrängt, obschon sie auf Einbindung statt Sanktionen setzten.

Begrenzte Tragweite

Die seit 2008 beobachtbaren Entwicklungen in Myanmar lassen zweierlei Schlüsse zu. Einerseits lässt sich zwar durchaus ein echter Reformprozess erkennen, der eine Übergabe der Regierungsverantwortung an zivile Akteure anpeilt. Andererseits konsolidieren die Militärs aber gleichzeitig ihre Machtposition im Staat. So wurde 2008 eine neue Verfassung verabschiedet, die die Basis für eine Demokratisierung darstellen soll und zur Grundlage für die Parlamentswahlen vom November 2010 wurde. 25% aller Parlamentssitze sind in dieser Verfassung jedoch für die Streitkräfte reserviert. Auch schützen verschiedene Bestimmungen die institutionellen Privilegien der Militärs. Zudem gibt die Verfassung dem Armeeführer das Recht, die Verteidigungs-, Innen- und Grenzkontrollminister zu ernennen. Verfassungsänderungen wiederum erfordern eine Dreiviertelmehrheit im Parlament.

Die Parlamentswahlen 2010 ihrerseits wurden international zwar als weder frei noch

fair kritisiert, da verschiedene Oppositionelle wie die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi nicht teilnehmen durften und sich die von der Militärjunta unterstützte Union Solidarity and Development Party (USDP) so 76,5% der Stimmen sichern konnte. In der Folge unternahm das Regime aber bemerkenswerte Anstrengungen, um die NLD-Vorsitzende Suu Kyi stärker einzubinden und damit international an Legitimität zu gewinnen. Unter der Führung des im Februar 2011 von der Volksversammlung gewählten Präsidenten Thein Sein, eines gemässigten ehemaligen Generals, macht die zunehmend zivil geprägte Regierung seither grosse Zugeständnisse an die Oppositionsführerin. Dazu gehören die Aufhebung des Hausarrests und eine Verfassungsänderung, die es ihr erlaubt, als Kandidatin an Wahlen teilzunehmen. Mehrere hundert politische Gefangene sind ebenfalls freigelassen worden.

Parallel dazu hat die neue Regierung mit verschiedenen Rebellengruppen Waffenstillstandsabkommen geschlossen und Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Mit Blick auf nachhaltige Friedensprozesse muss das noch nicht viel heissen, da die Führungsriege der *Tatmadaw* und die regionalen Militärbefehlshaber häufig abgekoppelt voneinander agieren und letztere in den von ihnen kontrollierten Gebieten eine gewisse Handlungsfreiheit geniessen. Die Tatsache, dass die *Tatmadaw* überhaupt Flexibilität gegenüber Aufständischen zeigen, weist jedoch darauf hin, dass sich der Wandel in Myanmar nicht nur auf den Umgang mit Suu Kyi beschränkt.

Das bisher sichtbarste Zeichen für den Wandel sind die am 1. April 2012 abgehaltenen Nachwahlen. Die NLD, die sich erstmals seit 1990 an Wahlen beteiligte, gewann dabei 43 der 44 Sitze, für die sie kandidier-

te. Suu Kyi wurde zwar teilweise dafür kritisiert, dass sie sich mit der Beteiligung ihrer Partei an diesen Wahlen auf eine vom Militär geprägte Version von Demokratie einlasse. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass die Regierung den Ausgang der Wahl anerkannt und die NLD als legitime Oppositionspartei zugelassen hat. Obwohl mehr als drei Viertel der Parlamentssitze nach wie vor von militärischen oder militärnahen Vertretern besetzt sind, stellt die Rehabilitierung der NLD angesichts ihrer Unterdrückung seit 1990 einen Meilenstein dar.

Festzuhalten bleibt, dass die *Tatmadaw* den Verlauf des Demokratisierungsprozesses bisher selbst zu steuern vermochte. Auf absehbare Zeit wird sie die Entscheidungsbefugnis in Sicherheitsfragen beibehalten. Die neue Führungsgeneration erkennt nicht nur die Notwendigkeit von Reformmassnahmen, sondern fühlt sich offensichtlich auch stark genug, den Wandel im eigenen Sinne kanalisieren zu können. Der Reformprozess dürfte denn auch nur so weit gehen, wie er die Interessen der Militärs nicht verletzt.

Geopolitische Implikationen

Auch wenn der Wandel Myanmars vorerst begrenzt bleiben dürfte, ist er durchaus von geopolitischer Bedeutung. Myanmar verfügt über reichhaltige Bodenschätze, billige Arbeitskräfte, Verkehrsanbindungen an die beiden weltweit am schnellsten wachsenden Märkte – China und Indien – und hat vom Westen her erreichbare Seehäfen. Das Land hat zudem eine einzigartige geographische Lage am Knotenpunkt zwischen Süd- und Ostasien. Die Machthaber haben es dabei immer wieder verstanden, die Rivalität zwischen China und Indien auszunutzen, um so eine unabhängige Aussenpolitik verfolgen zu können. Sie dürften sich auch in den kommenden Jahren ähnlich verhalten, zumal sich ein Buhlen externer Akteure um Myanmar abzeichnet.

Wenig Freude am Demokratisierungsprozess wird China als Myanmars bisher wichtigster Partner haben. Nach der Verhängung internationaler Sanktionen im Jahr 1990 stellte Peking seinem Nachbarn militärische Ausrüstung im Wert von US\$ 2 Mrd. zur Abwehr eines potentiellen Angriffs des Westens zur Verfügung. Zudem leisteten die Chinesen technische Unterstützung bei der Modernisierung der militärischen Infrastruktur, insbesondere auf Luft- und Marinestützpunkten. Die beiden Staaten vereinbarten ferner einen Informationsaustausch über Schiffsbewegungen im Golf von Ben-

Die Reaktion der Schweiz auf den Wandel in Myanmar

- ▮ Anders als die EU-Staaten hat die Schweiz die Wirtschaftssanktionen gegen Myanmar nicht für eine Probephase suspendiert, sondern ganz aufgehoben. Sie ist damit auf einer Linie mit Norwegen und Kanada, wobei Kanada das Instrument der Suspendierung nicht kennt. Wie in der EU bleibt auch in der Schweiz das Rüstungs- und Repressionsgüterembargo in Kraft.
- ▮ Die Schweiz wird im Sommer 2012 eine Botschaft in Myanmar eröffnen. Derzeit unterhalten mit den USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien fünf westliche Staaten eine Botschaft in Myanmar.
- ▮ Die Schweizer Entwicklungshilfe für Myanmar wird auf rund 25 Mio. CHF erhöht.
- ▮ Aung San Suu Kyi weilt Mitte Juni 2012 in der Schweiz. Sie wird als Ehrengast an einem von Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf gegebenen Abendessen teilnehmen, Gespräche mit Aussenminister Burkhalter führen und das Parlament besuchen.

galen – eine Entwicklung, die besonders in Indien und den USA grosse Besorgnis auslöste. Von besonderer Bedeutung für Peking war schliesslich, dass das Regime Myanmars dem Bau chinesischer Gas- und Erdölpipelines von der Provinz Yunnan bis zur myanmarischen Küste am Golf von Bengalen zustimmte. Sofern diese Pipelines wie geplant Mitte 2013 in Betrieb genommen werden, reduziert dies die Abhängigkeit Chinas von Erdöllieferungen durch die Meeresstrasse von Malakka. Zur Absicherung dieser strategisch bedeutsamen Pipelines baut China sogar eine parallele Schienenstrecke, um notfalls Truppen bis an die myanmarische Küste verlegen zu können.

Die Entwicklung der sino-myanmarischen Beziehungen im Kontext des innenpolitischen Wandels Myanmars bleibt abzuwarten. Die Anzeichen verdichten sich, dass die pro-chinesische Fraktion der Streitkräfte an Boden verliert. In letzter Zeit hat Myanmar gegenüber Peking denn auch vermehrt die Grenzen seiner Kooperationsbereitschaft signalisiert. So löste eine Offensive der Junta im August 2009 gegen Aufständische im Shan State (der grössten Verwaltungseinheit des Landes) eine Flüchtlingswelle nach Yunnan aus, sehr zum Ärger der über die Militäraktion nicht informierten Chinesen, die sich gerne als Vermittler in Myanmars inneren Konflikten sehen. Ebenso heikel war die Entscheidung Thein Seins im September 2011, ein mit chinesischen Geldern finanziertes Staudammprojekt am Irrawaddy-Fluss zu stoppen. Die geplante Myitsone-Talsperre hätte die Vertreibung von um die 10'000 Personen zur Folge gehabt, wobei der Grossteil der erzeugten Wasserkraft an chinesische Verbraucher verkauft worden wäre.

Nach Peking übte bisher New Delhi den grössten Einfluss auf Myanmar aus. Seit der indischen Ostpolitik Anfang der 1990er Jahre, bekannt als «Look East Policy», versucht Indien den Handel über den Landweg mit Südostasien weiter auszubauen und Myanmar als Korridor zu nutzen. Zu diesem

Zweck strebt Indien eine Verbesserung der Strasseninfrastruktur an. Auch baut es derzeit einen Tiefseehafen in der myanmarischen Hafenstadt Sittwe. Zudem ist Indien ein wichtiger Waffenlieferant für Myanmar. Die militärische Unterstützung Indiens wird von den *Tatmadaw* vor allem deshalb akzeptiert, weil diese unzufrieden sind mit dem aus Peking gelieferten Gerät. Indien erhofft sich von der Öffnung in Myanmar denn auch eine weitere Intensivierung der Beziehungen. Dasselbe gilt für Thailand und Russland. Bangkok ist stark auf Erdgas aus Myanmar angewiesen und sucht vor allem eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen. Russland wiederum ist bisher vor allem als Waffenlieferant hervorgetreten.

Rolle des Westens

Auch westliche Staaten haben den innenpolitischen Wandel Myanmars aufmerksam verfolgt. Im Vordergrund stehen dabei wirtschaftliche Interessen. Aus Sicht der USA kommen geopolitische Überlegungen hinzu, wobei Washington vor allem eine Schwächung des chinesischen Einflusses anstrebt. Mit Aussenministerin Clinton hat Ende 2011 erstmals seit 1955 ein hoher amerikanischer Entscheidungsträger Myanmar besucht. Im April 2012 war der britische Premier Cameron als erster westlicher Regierungschef seit 1962 im Land.

Politisch haben die meisten westlichen Staaten bisher mit einer Lockerung, aber noch nicht mit einer vollständigen Beendigung des Sanktionsregimes auf den Wandel in Myanmar reagiert. Die USA haben im Mai 2012 wichtige Wirtschaftssanktionen ausgesetzt, den rechtlichen Rahmen für solche Sanktionen aber für ein weiteres Jahr bestätigt. Ausserdem hat Washington erstmals seit 1990 wieder einen Botschafter ins Land entsandt. Auch die EU hat ihre Wirtschaftssanktionen vorerst lediglich für ein Jahr suspendiert.

Ein behutsames Vorgehen des Westens erscheint durchaus zweckmässig. Das wirt-

schaftliche Entwicklungspotential Myanmars ist zwar enorm. Schätzungen gehen davon aus, dass das BIP des Landes bis zum Jahr 2020 pro Jahr um 6% wachsen könnte, zumal Myanmar in den kommenden Jahren von hohen Energie- und Lebensmittelpreisen auf den globalen Märkten profitieren könnte. In Erwartung eines Wirtschaftsaufschwungs ist die Regierung denn auch bereits daran, Gesetze zur Erleichterung von Auslandsinvestitionen und zur teilweisen Freigabe der Währung zu verabschieden.

Allerdings ist der Reformprozess noch im Frühstadium und keineswegs irreversibel. So gibt es wichtige Oppositionsführer, die die Kooperationsbereitschaft Suu Kyis mit der *Tatmadaw* kritisieren und ein Ende der politischen Vorherrschaft der Militärs fordern. Ihre Maximalforderungen könnten die *Tatmadaw* durchaus dazu veranlassen, wieder vermehrt auf Repression zu setzen. Auch könnte die jetzt angelaufene Privatisierungswelle in Myanmar eine neue Oberschicht von «Oligarchen» schaffen, denen kaum an einer Herrschaft des Volkes gelegen ist. Generell werden sich wichtige Interessengruppen im Land gegen Bemühungen um mehr Transparenz etwa in der Staatsverwaltung sperren. Schliesslich könnte ein zu stark forcierter Wandel auch in der breiten Bevölkerung Unmut auslösen. Bereits sind die Inflationsrate und die Bodenpreise in die Höhe geschneit. Die enormen Erwartungen der Bevölkerung bezüglich verbesserter Lebensbedingungen wird die Regierung kurzfristig kaum erfüllen können.

Gefragt ist deshalb vor allem Geduld. Ein wichtiger Referenzpunkt für die weitere Entwicklung Myanmars werden die nächsten Parlamentswahlen im November 2015 sein. Viele Beobachter gehen davon aus, dass die Absichten der *Tatmadaw* zu diesem Zeitpunkt klarer erkennbar sein werden. Bis dahin sollte der Westen den Reformprozess zwar weiterhin mit Anreizen unterstützen. Gleichzeitig gilt es aber, die Demokratisierung Myanmars als schrittweisen, möglicherweise holprigen und vor allem selbstbestimmten Prozess zu verstehen.

Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:
Prem Mahadevan
mahadevan@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

Bisher erschienen



- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak Nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandseinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik